

DAS STRATEGISCHE INVENTAR DER CHINESISCHEN AUSSENPOLITIK

Oskar Weggel

II. Teil

Die Volksrepublik China tritt international in einer Doppelrolle auf, und zwar einerseits als revolutionäre Macht, der es darum zu tun ist, eine sozialistische Weltgemeinschaft zu schaffen, also u.a. "Kolonialismus, Neokolonialismus, Imperialismus und Sozialimperialismus" auszuschalten, andererseits aber auch als ein Land unter vielen anderen Nationalstaaten mit spezifisch "nationalen" Zielen.

Hierbei bedient Peking sich zweier Strategien, deren Grundelemente aus innenpolitischen Erfahrungen gewonnen wurden.

Da ist erstens - "Linke Strategie" - die Forderung, die "Städte" von den "Dörfern" her einzukreisen und zu erobern. Zu diesem Zweck soll jede emanzipatorische Bewegung in der Dritten Welt unter Führung einer KP sogenannte "Befreite Stützpunktgebiete auf dem Lande" errichten, dort Sozialreformen durchführen, eine "Volksbefreiungsarmee" aufbauen und mit Hilfe "lange hingezogener Volkskriege" aus eigenen Kräften die Reste des Feudalismus bzw. der mit dem "Imperialismus" angeblich kollaborierenden Bourgeoisie hinwegfegen. "Proletarisch-internationalistische" Aufgabe ist es, das Feuer der Revolution in diese Länder zwar nicht hineinzutragen, wohl aber, wenn es sich dort einmal aus eigenen Kräften entzündet hat, mit Brennstoff zu versorgen. Diese Unterstützung Chinas kann vielerlei Formen annehmen und reicht theoretisch von der stärksten Modalität der direkten militärischen Intervention zugunsten einer revolutionären Bewegung bis hin zu bloß verbalen Sympathieerklärungen. Militärisch hat China zwar seit seiner Gründung im Jahre 1949 mehrere Male über seine unmittelbaren Grenzen hinaus gewirkt, doch immer nur aus nationalen Erwägungen, nicht etwa in der Absicht "revolutionärer Unterstützung". Im Falle des Korea-Krieges (1950 ff.) steht z.B. fest, daß China in vermeintlicher Notwehr "Freiwilligenverbände" zur Vorwärtsverteidigung nach Korea entsandt hat. Beim Grenzkrieg mit Indien trat China den militärisch vorgetragenen Versuchen Indiens zur Rückgewinnung vermeintlich indischen Territoriums auf dem "Dach der Welt" entgegen. Die Gefechte am Ussuri und in Sinkiang (1969) waren reine Grenzauseinandersetzungen mit der Sowjetunion. Die Besetzung der Paracelinseln (1974) im Südchinesischen Meer war von der Absicht diktiert, erklärtermaßen chinesisches Territorium vor dem südvietnamesischen Zugriff zu schützen.

Wirkliche "revolutionäre Unterstützung" hat China aber in Form von Partisanenausbildung (z.B. in den portugiesischen Kolonien Afrikas, in Palästina) und durch Lieferung von Waffen (z.B. an Nordvietnam, an die PLO) geleistet. Zu erwähnen ist hier ferner der Bau "politischer Straßen" von chinesischem Territorium in süd- und südostasiatische Nachbarstaaten (z.B. über das nepalesische Kathmandu nach Indien, über Sikkim nach Indien, nach Nordbirma und nach Nordlaos). Alle diese Straßen führen in "Pulverfaßgegenden", wo Minoritäten leben, die sich zum Teil von den jetzigen Zentralstaaten separieren möchten. Unterstützung kann ferner geleistet werden in Form von Propagandamaterial und Partisanensendern, wie z.B. der "Stimme des Volkes von Birma".

In einem zweiten Teil (April-Heft) folgen "Ausführungen über die Politik der Vereinten Fronten" (oder "Rechte Strategie"), bei der es darauf ankommt, bei Lösung brisanter Fragen, die mit Chinas Standpunkt sympathisierenden Länder jeweils "maximal zu vereinen", um auf diese Weise den Gegner, der meist identisch ist mit den beiden Supermächten, vor allem der Sowjetunion, "maximal zu isolieren".

Hier im II. Teil folgen "Ausführungen über die Politik der Vereinten Fronten" (oder "Rechte Strategie"), bei der es darauf ankommt, bei Lösung brisanter Fragen, die mit Chinas Standpunkt sympathisierenden Länder jeweils "maximal zu vereinen", um auf diese Weise den Gegner, der meist identisch ist mit den beiden Supermächten, vor allem der Sowjetunion, "maximal zu isolieren".

2. DIE "RECHTE" STRATEGIE

aa) Allgemein: Der Analogisierungseffekt von 25 Jahren innenpolitischer Kampferfahrung

Das Korrelat zur "Linken" Strategie bildet die Politik der "Vereinten Fronten", bei der es darauf ankommt, die "fortschrittlichen Kräfte zu entfalten, die Kräfte der Mitte zu gewinnen und die Feinde maximal zu isolieren" (1).

Auch hier lassen sich zahlreiche Parallelen zwischen den innen- und außenpolitischen Konstellationen, also zwischen China und der als "erweitertes China" gedachten Welt, ziehen. Der Einfachheit halber seien hier vorderhand nur die Yenank Jahre als Vergleichszeitraum ins Visier genommen. Zu den "Freunden" der Kommunisten zählten damals die sogenannten "Armen Bauern", die rd. 70%, und die "Mittelbauern", die etwa 20% der Landbevölkerung Chinas ausmachten. Zur vereinigungsfähigen Mitte rechneten die "Großbauern" (5%) und zahlreiche "aufgeklärte Grundherren", die "zwar in gewissem Maße kapitalistisch eingefärbt sind, gleichzeitig aber auch Engagement im Kampf gegen die Aggressoren zeigen" (2). All diese Kräfte galt es für die "antijapanische Nationale Einheitsfront" zu gewinnen. Renitente Grundherren, Kollaboranten und erklärte Antikommunisten wurden dagegen den "Feinden" zugerechnet und waren als solche - zusammen mit den japanischen Angreifern - "Kampfobjekt der Revolution" (3). Eine ähnliche Dreiteilung war auch für die Klassen in der Stadt vorgesehen (4).

Hier nun die entscheidenden Parallelen zwischen damals und heute:

- "Freunde" der chinesischen Kommunisten waren also damals hauptsächlich das Proletariat und die Arme sowie die Mittlere Bauernschaft; in der heutigen Weltlage rechnen dazu sämtliche von Peking als solche anerkannten sozialistischen Länder und alle Staaten, die gegen den "Imperialismus und Sozialimperialismus" anzukämpfen bereit sind.
- Als "Feinde" galten damals die "konterrevolutionären Kräfte" und die Landesverräter; heute sind es die beiden "Supermächte" USA und Sowjetunion, die auf "Unterjochung" der restlichen Welt aus sind.
- Zu den "Zwischenschichten" gehörten damals sämtliche Klassen, die zwar nicht dem Arbeiter- und Bauernproletariat zuzurechnen waren, wohl aber den festen Willen hatten, dem japanischen Imperialismus sowie dem "Feudalismus" im eigenen Lande entgegenzutreten: also die "Nationale Bourgeoisie" und das "Kleinbürgertum" (5); heute gehören zu diesen Zwischenschichten - im außenpolitischen Bereich sprach man lange Zeit von "Zwischenzonen" - alle jene Länder, die gegen den Vormachtanspruch der beiden "Supermächte" ankämpfen.
- Organisatorisch war damals die 1938 gegründete und direkt dem Parteiapparat zugeordnete "Abteilung für Vereinte Fronten" zuständig, der es oblag, ihre Fäden über die "Befreiten Gebiete" hinauszuspinnen und damit eine Art "Auswärtiges Amt" zu schaffen. Heute werden diese Funktionen vom Außenministerium (bei offiziellen diplomatischen Kontakten) und vom ZK-Department für Internationale Beziehungen (bei partei- und "volks-diplomatischen" Kontakten) wahrgenommen (6).

Da die Konstellationen der Yenank-Zeit und die heutige Welt-situation so ausgeprägte Parallelen aufweisen, muß auch die damals angewandte Politik der Vereinten Fronten nach wie vor dieselbe Gültigkeit für sich beanspruchen. Drei Merkmale sind für diese Politik charakteristisch:

a) Jedes soziale System unterliegt der Dreiteilung in "Freunde", "schwankende Elemente" ("Zwischenschichten") und "Feinde" (7). Dieses Dreierschema gilt sowohl im innenpolitischen wie im außenpolitischen Bereich.

Diese triadische Betrachtungsweise unterschied sich wesentlich von der langjährigen stalinischen Außenpolitik. Stalin hatte die Welt in zwei Lager, nämlich das kapitalistische und das sozialistische, eingeteilt, die in einem strikt antagonistischen Verhältnis zueinander stünden. Seinen Nachfolgern allerdings schien dieses Schema allzusehr vereinfacht. An die Stelle der beiden "Lager" setzten sie fünf Körbe, in die sie die rd. 100 Länder der Welt unterbrachten: Ganz links die Sowjetunion, ganz rechts die USA und in der Mitte die übrigen Länder, je nach ihrer linken oder rechten Neigung. In den Korb 2 gehörten also die "sozialistischen Länder, in Korb 3 die "neutralen Länder" (Indien, Indonesien, Ägypten etc.) und in Korb 4 die Mitglieder westlicher Bündnisse (u.a. die Bundesrepublik und Japan). Um nun die USA als Hauptgegner möglichst zu isolieren, galt es, Schritt für Schritt die Mitglieder der Gruppe 4 in Gruppe 3 und die der Gruppe 3 in Gruppe 2 herüberzuziehen. Der Übergang sollte sich in den verschiedensten Formen (Revolutionen, Bürgerkriege etc.) vollziehen. (7a)

Dieses Fünferschema kommt der triadischen Betrachtungsweise der Chinesen schon etwas näher.

Als Raster ist die Dreiteilung unveränderlich. Die einzelnen Elemente sind jedoch austauschbar. Kein Staat muß also ein für allemal derselben Kategorisierung unterliegen. Aus "Freunden" können vielmehr "Feinde" und - unter bestimmten historischen Voraussetzungen - aus "Feinden" sogar "Freunde" werden (8). Noch fluktuierender ist der Zustand im Bereich der Zwischenschichten ("Zwischenzonen"). Wo in der konkreten Situation jeweils die Trennungsstriche zu ziehen sind, kann nur die KP aufgrund der jeweils gegebenen Situation entscheiden. Dies gilt in der Außenpolitik nicht weniger als in der Innenpolitik.

b) Für die chinesische Politik der Vereinten Fronten ist weiterhin kennzeichnend, daß die drei Aggregate fast durchweg in einem gleichbleibenden Zahlenverhältnis zueinander stehen. Schon in den zwanziger Jahren wurden den "Feinden" selten mehr als 5 bis 6% der Beteiligten eines jeweiligen Sozialsystems zugerechnet. Etwa 65% galten als "Freunde", und der Rest, also rd. 30%, als "Zwischengruppen" (9). Tendenziell sollten Vereinte Fronten aus "mehr als 90%" der Angehörigen des jeweiligen Systems bestehen (10). Die 90%-Formel gilt grundsätzlich auch im Bereich der Außenpolitik, wie etwa aus dem Hinweis hervorgeht, daß "in einem gewissen Sinn die ganze Sache der Internationalen Proletarischen Revolution letztlich von den revolutionären Kämpfen der Völker in den Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, d.h. in Gebieten mit der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung, abhängt" (11). "Immer mehr wird die Weltgeschichte das Werk der Dritten Welt", in der ja nicht weniger als 70% aller Menschen leben und die obendrein mit der Zweiten Welt zunehmend kooperiert (11a).

Noch deutlicher wird dieser Grundgedanke, über 90% der Weltbevölkerung gegen den Imperialismus zu mobilisieren, in der sogenannten "Zwischenzonentheorie" (Chung-chien ti-tai-lun), die - innenpolitisch embryonal längst vorgebildet (12) - 1964 offiziell verkündet wurde. Der Zeitpunkt war damals gut gewählt: Das Frankreich de Gaulles erkannte am 27.1.1964 die VR China diplomatisch an. Eine französische Politik, die es sich leisten konnte, dem damals noch strikt antichinesischen Washington die Stirn zu bieten, mußte auf die Pekinger Führung tiefen Eindruck hinterlassen. War es unter diesen Umständen ein Zufall, daß sechs Tage vor der offiziellen Bekanntgabe der Aufnahme diplomatischer Beziehungen in der Volkszeitung jener Artikel erschien, der der Zwischenzonentheorie ihr entscheidendes Gepräge gab? (13)

Auch Bonn hatte im gleichen Jahr über die chinesische Botschaft in Bern vorsichtig Kontakte aufgenommen - ohne Erfolg allerdings, wie sich später erweisen sollte (14). Was die Chinesen - im Gegensatz zur Stalin'schen Zwei-Lager-Theorie - schon immer gewußt hatten, begann jetzt, langsam Konturen anzunehmen: nämlich die Geburt einer "Zwischenzone" zwischen Sowjetunion und USA. Genau genommen habe dieser Prozeß schon 1957 begonnen. In der ersten Dekade nach dem Zweiten Weltkrieg habe der US-Imperialismus seinen Höhepunkt erreicht. Seine Politik der "massiven Vergeltung", des "Brinkmanship", der "begrenzten Kriege", der "friedlichen Besetzung Europas" durch den Marshall-Plan, der Truman-Doktrin und der zahlreichen "mutual security programmes" seien Ausdruck der damaligen Kraftfülle Washingtons gewesen (15).

Langsam habe jedoch der "Ostwind über den Westwind zu herrschen" begonnen (Beginn des Revolutionskrieges in Cuba, Start des Sputniks, erste Versuche westeuropäischer Länder und Japans, sich aus der "Vormundschaft der USA" zu lösen, etc.).

Seitdem lasse sich im globalen Rahmen eine Dreiheit von Mächtigkeitsgruppen identifizieren, nämlich die Gruppe der "sozialistischen Länder" auf der einen und des US-Imperialismus auf der anderen Seite. Zwischen diesen beiden Extremen erstreckte sich eine "sehr ausgedehnte Zone, die viele kapitalistische Länder, sowie koloniale und halbkoloniale Länder umfaßt" (16). Dieser ausgedehnte Bereich umfasse zwei Teile, nämlich

- Die Erste Zwischenzone, bestehend aus den schon selbständigen oder um ihre Selbständigkeit kämpfenden Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Einst waren diese Regionen ein wichtiges strategisches Hinterland für den Imperialismus, heute seien sie zum Frontgebiet im Kampf gegen den Imperialismus geworden (17).

- Die Zweite Zwischenzone, die von den kapitalistischen Staaten Westeuropas, Ozeaniens (Australien, Japan) und Canada gebildet wird. Sie seien durch ein Doppelantlitz gekennzeichnet: Einerseits agierten sie als "periphere Imperialisten" und Ausbeuter im Verhältnis zu den kolonial unterjochten Völkern. Andererseits hätten sie selbst unter der Ausbeutung durch den US-Imperialismus zu leiden. In der letzteren Eigenschaft erwiesen sie sich als potentielle, wenn auch unfreiwillige Verbündete des sozialistischen Lagers. Auf diese Weise fanden sich Länder aller fünf Kontinente - nicht selten zu ihrer eigenen Überraschung - als "Frontmitglieder" wieder.

Die "Zwischenzonentheorie" konnte allerdings nur solange Geltung beanspruchen, als es auch noch ein "Sozialistisches Lager" gab. Mit dem Beginn der zweiten "sino-sowjetischen Eiszeit"

mußte sie durch ein neues Modell ersetzt werden, die "Drei-Welten-Theorie".

c) Die Politik der Vereinten Fronten verfolgt einen doppelten Zweck, nämlich die "maximale Isolierung" und die letztendliche Ausschaltung der "Feinde".

Zunächst geht es darum, die "fortschrittlichen Kräfte zu entfalten, die Kräfte der Mitte zu gewinnen und die Feinde maximal zu isolieren" (18), also eine Art globaler Apartheid gegenüber den "Supermächten" (18) zu betreiben. Dieses Ziel darf aber keineswegs mechanistisch verfolgt werden; ist doch der Feind, wie bereits oben ausgeführt, nicht immer ein und dieselbe Person (Staat) - eine solche Auffassung wäre "metaphysisch". Maßgebend sind vielmehr die konkreten Umstände. Geht es beispielsweise darum, auf das Verhältnis zwischen Tansania und der Bundesrepublik Einfluß zu nehmen, so gilt (galt) das afrikanische Land vom Standpunkt Chinas aus als "Verbündeter der Dritten Welt (Ersten Zwischenzone)", während die Bundesrepublik wegen ihrer "neokolonialistischen" Haltung hier als Feind eingestuft wurde. Hat es die Volksrepublik dagegen mit der Bundesrepublik im Verhältnis zu den USA zu tun, so geht (ging) es für China darum, sich mit dem europäischen Staat als einem Mitglied der Zweiten Zwischenzone gegen die USA als dem "Oberausbeuter" zusammenzuschließen (19). Die Bundesrepublik ist also - ganz im Sinne der dialektischen Betrachtungsweise von der Einheit der Gegensätze - zugleich Verbündeter und Gegner Chinas. Wie sehr die Einschätzung der Weltlage das "Freund-Feind"-Verhältnis zu ändern vermag, zeigt der Fall Jugoslawiens. Für die Außenpolitik der Kulturrevolution war es bezeichnend, daß die Chinesen den "revisionistischen" Charakter Jugoslawiens zum "Hauptwiderspruch" erklärte und deshalb das Volk Jugoslawiens permanent gegen das "Tito-Regime" zum Kampfe aufriefen. Nach dem Ausbruch der zweiten sino-sowjetischen Eiszeit (im Anschluß an die Besetzung Prags durch sowjetische Truppen im August 1968) "schalteten" die Chinesen vom einen auf den anderen Tag auf den Widerspruch Nr.1 (zwischen "unterjochten Nationen und Sozialimperialismus") um zu den vier Widersprüchen in der heutigen Welt.

Das Tito-Regime galt zwar nach wie vor als revisionistisch. Doch nunmehr war es in der Vereinten Front gegen den "Sozialimperialismus" (u.a. Breschnew-Doktrin!) willkommen. Jugoslawien bekam m.a.W. das Wechselbad "Einheit-Kampf-Einheit" besonders deutlich zu spüren.

Es geht bei der Vereinten-Fronten-Politik nicht nur darum, den "Feind maximal zu isolieren", sondern ihn schließlich auch als solche auszuschalten, wobei eine innenpolitisch seit Jahrzehnten bewährte Salamitaktik sich als nützlich erweist. Wie man "Widersprüche ausnutzen und die Feinde einzeln schlagen kann" (20), geht aus folgendem Beispiel hervor:

Während der Landreformbewegung von 1947/48 galten zwei Klassen, nämlich die sogenannten "Großgrundbesitzer" und die "Reichen Bauern" als Kampfziele der Revolution, gegen die sich die Vereinte Front der Armen und Mittleren Bauern "unter Führung der Partei" richten sollte (21).

Bei der Durchführung dieser Politik kam es jedoch zu "ultra-linken" Übergriffen, die auch das Eigentum der frontangehörigen Mittleren Bauern affizierte. Deshalb engte man das Ziel der Angriffe bei der Landreformbewegung von 1950/51 stärker ein.

Auch die Reichen Bauern sollten zur Vereinten Front gehören - mit der Folge, daß nur noch die "Großgrundbesitzer" als "Feinde" galten. Dadurch erreichte man, daß die Reichen Bauern, die "noch einmal davongekommen waren", sich von den Großgrundbesitzern absetzten und mit den Mittleren Bauern solidarisierten (22). Nachdem jedoch die Großgrundbesitzer durch Enteignungsmaßnahmen als Klasse liquidiert waren, kamen die Reichen Bauern und schließlich auch die "Oberen Mittelbauern", deren Schicksal ja schon von langer Hand vorherbestimmt war, an die Reihe (23). Im Endergebnis wurden also zuerst die "Großgrundbesitzer", sodann die "Reichen Bauern" und schließlich die "Oberen Mittelbauern" Klasse für Klasse ausgeschaltet, so daß zuguterletzt nur noch die sogenannten "Unteren Mittelbauern und Armen Bauern" übrigblieben. Wie diese Beispiele gezeigt haben sollten, handelt es sich bei der Salami-Politik der Vereinten Fronten keineswegs um "prinzipienloses" Taktieren mit dem Gegner, sondern um eine besondere Form des Kampfes, der allerdings weniger scharf ausfällt als die "Linke Strategie", Auch insofern ist das Wort Maos verständlich, daß Politik und Krieg nicht voneinander zu trennen seien. Politik sei vielmehr Krieg ohne Blutvergießen, Krieg aber Politik mit Blutvergießen (24).

Die oben - im Zusammenhang mit der Yenan-Zeit und der Landreform - angeführten Beispiele ließen sich beliebig verlängern, nicht zuletzt auch im Rahmen der sogenannten "Fünf Großen Kampagnen", in denen nach und nach Bourgeoisie und Kuomintang-Beamtschaft ausgeschaltet wurden. Immer galten die gleichen Verfahrensweisen und die gleichen Zwischenziele: Zuerst wird der jeweilige Hauptwiderspruch herausanalysiert und "gelöst", während die kleineren Widersprüche einstweilen sozusagen auf "Eis" liegenbleiben, bis sie zuguterletzt ihrerseits zu Hauptwidersprüchen werden. Bei strengster Parallelführung zwischen innenpolitischen Erfahrungen und Außenpolitik könnte man also folgern, daß die USA - und seit 1968 die Sowjetunion! - den Stellenwert der Großgrundbesitzer, die Länder der Zweiten Zwischenzone (also u.a. Europa), die Position der "Reichen Bauern" und verschiedene Länder der Ersten Zwischenzone den Rang der "Oberen Mittelbauern" einnehmen, während den sozialistischen Ländern sowie revolutionären Bewegungen der Status des Bauernproletariats ("Arme Bauern und Untere Mittelbauern") zukommt. (25)

Begriffe wie "Vereinte Front" oder "Zwischenzone" werden leicht zu bloßen Wortmarken, wenn sie nicht mit der Substanz der "geschichtlichen Erfahrungen" angefüllt werden. Der Umgang mit "Vereinten Fronten" wurde aus einer Taktik zu einer Strategie und schließlich zu einem politischen Konzept, die den Anhängern der "Mao Tse-tung-Ideen" gleichsam zur zweiten Natur geworden ist. Ein plastisches Beispiel für diese Verwachsenheit mit der Politik der Vereinten Fronten gab Mao selbst, als er in den dreißiger Jahren dem Journalisten Edgar Snow folgenden Bericht über die Zustände in seinem Elternhaus gab: "In unserer Familie standen sich zwei Parteien gegenüber: Die eine war mein Vater, die herrschende Macht. Zur Opposition gehörten: ich selbst, meine Mutter, mein Bruder und manchmal sogar die Mitarbeiter. In der Einheitsfront der Opposition gab es jedoch Meinungsverschiedenheiten. Meine Mutter befürwortete eine Politik der indirekten Angriffe. Sie kritisierte jede offene Gefühlsäußerung und alle Versuche offener Rebellion gegen die herrschende Macht. Sie sagte, es sei nicht die chinesische Art" (26). Selbst wenn Mao diese politische Betrachtungsweise humoristisch meinte und, wie Snow hinzufügt, bei ihrer Verwendung laut auf-

lachte (27), so ist es doch bezeichnend, daß er selbst Familienverhältnisse mit dem jahrzehntelang eingeübten Begriffsinstrumentarium der Rechten Strategie analysierte.

Der Idealfall der Vereinten-Fronten-Politik ist übrigens gegeben, wenn die "isolierten Feinde" (also die beiden Supermächte) sich auch noch untereinander - in welchen Formen auch immer - befehlen. China kann dann "vom Berge aus dem Kampf der Tiger zuschauen".

bb) Ablösung der "Zwischenzonentheorie" durch die "Drei-Welten-Theorie" als neuem außenpolitischen Schichtungsmodell

a) In der Theorie:

Die "Zwischenzonentheorie" ruhte begrifflich auf dem Fundament eines kurze Zeit bestehenden "Sozialistischen Lagers", das sich mit den Ländern der Zwischenzone zu einer Kampfgemeinschaft gegen den US-Imperialismus zusammenschließen konnte.

Spätestens seit dem Einmarsch der Warschauer Truppen in Prag mußte aber selbst dem hoffnungsvollsten Optimisten klarge worden sein, daß von einem einheitlichen "Sozialistischen Lager" keine Rede mehr sein konnte. Aus der Sicht Pekings verdienten von nun an nur noch Albanien, Rumänien, Nordvietnam und Nordkorea sowie die Volksrepublik China die Bezeichnung "sozialistisch". Wie nun waren die übrigen sechs Ostblockstaaten sowie die Mongolische Volksrepublik und China einzuordnen. Bestand hier so etwas wie eine "Dritte Zwischenzone"?

China hat eine solche - aus der Situationslogik sich ergebende weitere Differenzierung der "Zwischenzone" abgelehnt und statt dessen für die Existenz von "Drei Welten" optiert - eine theoretische Anpassungsentscheidung, die angesichts des Zerfalls des "Sozialistischen Lagers" seit langem fällig war! China wählte für die Verkündung seines neuen Modells einen besonders plakativen Anlaß, nämlich die UNO-Rohstoffkonferenz vom April/Mai 1974. Hier die Kernsätze: "Durch das Auftreten des Sozialimperialismus hat das nach dem Zweiten Weltkrieg eine Zeitlang existierende sozialistische Lager zu bestehen aufgehört. Infolge des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus gerät auch der imperialistische Block im Westen in Auflösung. Sieht man sich die Änderung der internationalen Beziehungen an, so gibt es heute in der Welt drei Teile, drei Welten, die sowohl voneinander abhängig sind als auch in Widerspruch zueinander stehen. Die USA und die Sowjetunion bilden die Erste Welt. Die Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie in anderen Gebieten sind als die Dritte Welt zu begreifen. Die entwickelten Länder schließlich, die sich zwischen diesen beiden Welten befinden, machen zusammen die Zweite Welt aus" (28).

Hier noch eine kurze Präzisierung:

- Zur Ersten Welt gehören die beiden Supermächte als die "größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker" unserer Zeit sowie die eigentlichen Quellen eines neuen Weltkrieges.

Ihre gemeinsamen Merkmale: Beide verfügten über Kernwaffen, zeichneten sich durch beharrliches Wettrüsten aus, entsendeten starke Truppenkontingente ins Ausland, strebten überall nach Militärbasen, versuchten, auf dem Wege der Kontrolle, Subversion, Intervention und Aggression gegen die anderen Länder vorzugehen und beuteten andere Staaten überdies wirtschaftlich aus.

Was ist eine Supermacht? Auch hierzu lieferte der chinesische Vertreter Teng Hsiao-ping bei der Rohstoffkonferenz eine kurze Definition: "Eine Supermacht ist ein imperialistisches Land, das überall mit Aggression, Intervention, Kontrolle, Subversion und Ausplünderung gegen andere Länder vorgeht und die Vorherrschaft über die Welt anstrebt. Wird in einem großen sozialistischen Land der Kapitalismus restauriert, wird es sich unvermeidlich in eine Supermacht verwandeln..... Sollte China eines Tages die Farbe wechseln, sich in eine Supermacht verwandeln und ebenfalls in der ganzen Welt wie ein Tyrann herumkommandieren....., dann müssen die Völker der Welt diesem China das Schild des Sozialimperialismus umhängen, es entlarven, bekämpfen und es mit dem chinesischen Volk gemeinsam niederschlagen" (29).

- Die Länder der Z w e i t e n Welt seien durch einen Doppelcharakter gekennzeichnet, den des Unterdrückens und des Unterdrücktseins (z.B. Portugal bis 1974).

- Die D r i t t e Welt schließlich sei der eigentliche wirtschaftlich rückständige und politisch unterdrückte Teil des Erdballs, obwohl gerade die Entwicklungsländer den größten Teil der Erdoberfläche bedeckten, den größten Anteil der Bevölkerung stellten und über zahllose Rohstoffe verfügten.

China selbst gehöre ebenfalls zur Dritten Welt: "China ist ein sozialistisches Land und ebenfalls ein Entwicklungsland..... In konsequenter Befolgung der Lehren des Vorsitzenden Mao unterstützen die chinesische Regierung und das chinesische Volk alle unterdrückten Völker und Nationen in ihrem Kampf zur Erlangung oder zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, Entwicklung der Volkswirtschaft und gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus. Dies ist unsere heilige internationalistische Pflicht" (30).

Die Drei-Welten-Theorie bringt gegenüber dem Zwischenzonenmodell zwei neue Postulate. Zum einen negiert sie, wie bereits angeführt, nachträglich die Weiterexistenz eines sozialistischen Lagers, zum anderen gliedert sie im internationalen System die Länder nicht mehr nach ihrem sozialistischen oder nichtsozialistischen Gesellschaftssystem, sondern nach ihrem wirtschaftlichen Entwicklungsstand. Die Länder des einstigen "Sozialistischen Lagers" lassen sich dieser Konzeption zufolge auf alle drei Welten verteilen. China gehört demnach - neben der Mongolei, Jugoslawien, Bulgarien und Albanien - zur Dritten Welt, die hoch entwickelten Länder des Ostblocks, allen voran die DDR und die CSSR, zur Zweiten Welt, und die Sowjetunion (die in Peking selbstverständlich nicht mehr als sozialistisch gilt) zur Ersten Welt.

Von diesen zwei Abweichungen abgesehen, weisen Zwischenzonen- und Dreiweltentheorie aber keine substantiellen Unterschiede auf. Gleichgeblieben sind vor allem die triadische Struktur, die Beschränkung der Feinde auf eine Zahl unter "10%" sowie die bewährte Vereinigungs- und Isolierungstaktik.

Wollte man Parallelen zur innenpolitischen Situation in den fünfziger Jahren ziehen, so entspräche der heutige "Sozialimperialismus" als die gefährlichere Supermacht dem damaligen Großgrundbesitzertum, während der US-Imperialismus den "Reichen Bauern", die Länder der "Zweiten Welt" aber den Oberen Mittelbauern gleichkämen. In der chinesischen Führung ist allerdings die Frage noch umstritten, ob der US-Imperialismus dem "Sozialimperialismus" an Gefährlichkeit nicht gleichgestellt werden soll. Die "Pragmatiker" sind für eine Abstufung, die

"Kulturrevolutionäre" dagegen für eine Gleichstellung (31).

Man kann sich allerdings fragen, ob es wirklich gerechtfertigt ist, die Bundesrepublik und die DDR nur deshalb in den "Gemeinsamen Topf" der Zweiten Welt zu werfen, weil beide in erster Linie danach strebten, von den Supermächten unabhängig zu werden. Auch kann man sich fragen, ob das Nepal des Königs Birendra mit Nordvietnam auf den gemeinsamen Nenner der Dritten Welt gebracht werden kann.

Wer so argumentiert, übersieht zwei grundlegende Gesichtspunkte der außenpolitischen Betrachtungsweise Chinas: Zum einen handelt es sich bei dem Drei-Welten-Modell weniger um "reine" als vielmehr "praktische" Vernunft, weniger um Analyse des gegenwärtigen Systems als vielmehr um Schaffung praktikabler Kampfoptionen, die ja angesichts der da und dort bestehenden "Widersprüche" zu den Supermächten in der Tat nicht ohne weiteres hinwegdiskutiert werden können. Zum anderen ist Vereinte-Fronten-Politik als ein "lange hingestreckter Kampf" angelegt, der vielleicht nicht schon heute, wohl aber übermorgen Früchte trägt (zur Langfristigkeit der chinesischen Außenpolitik vgl. oben).

Ziel jeder "Rechten Strategie" ist es, die "(sozial)-imperialistischen" Ambitionen vor der Zweiten und Dritten Welt, vor allem aber in den Augen des amerikanischen und des sowjetischen Volkes so sehr zu "verunmöglichen", daß die Entscheidungsträger - womöglich durch einen revolutionären Prozeß - von ihren hegemonistischen Ambitionen abgebracht werden und ihre Staaten damit den "Supermacht"-Charakter aufgeben. Wie einst die Grundbesitzer und Reichen Bauern als Klasse liquidiert wurden, gilt es nun, die heutigen Entscheidungsträger (hie "Monopolkapitalisten", dort "Neue Klasse") auszuschalten und dadurch den Weg zu einer sozialistischen Weltgemeinschaft zu ebnet.

Die gegenwärtige historische Periode ist aus der Sicht Pekings immer noch ein "Zeitalter des Imperialismus", allerdings am "Vorabend der gesellschaftlichen Revolution des Proletariats". Nach chinesischer Ansicht ist die Welt durch das Wirken der beiden Supermächte in drei Teile aufgespalten. Für China kommt es darauf an, die Dritte Welt zu führen, die Zweite Welt zu vereinigen und die Erste Welt zu isolieren. Die Ausschaltung des "Imperialismus und Sozialimperialismus" könnte entweder durch einen Krieg zwischen den beiden Supermächten vor sich gehen, in dessen Gefolge die Bremsklötze für eine weltweite Revolution der Völker endgültig beseitigt würden - oder aber durch eine weltweite Revolution, die einem solchen Krieg zuvorkäme, da die beiden Hauptkriegsherde ja ausgeschaltet wären. Die erstere Alternative könnte am ehesten in Europa Wirklichkeit werden, wo sich die beiden Supermächte ja am entschlossensten gegenüberstehen.

In dieser Situation kommt es für China darauf an, einerseits unter den Parolen "Anti-Imperialismus" und "Anti-Kolonialismus" einen Keil zwischen die Erste und die Dritte Welt zu treiben, während die Aufforderung zum Kampf "gegen die Supermächte und gegen den Hegemonismus" darauf abzielen, die Erste und die Zweite Welt einander zu entfremden. An die Adresse der "Ostblock"-Länder wendet sich vor allem die Aufforderung zum Kampf gegen den "Revisionismus", Einheit (mit den Ländern der Zweiten und Dritten Welt) und Kampf (gegen die Erste Welt) sind also miteinander zu koppeln.

b) In der Praxis

Da seit 1968/69 (Prag, Grenzauseinandersetzungen mit der Sowjetunion, Breschnew-Doktrin) die Auseinandersetzung der unterjochten Nationen mit dem Sozialimperialismus/Imperialismus zum "Hauptwiderspruch" geworden ist, gilt der Kampf gegen die beiden Supermächte als Hauptkriterium für die Zugehörigkeit zur Vereinten Front a la Peking. Hier eine kurze Aufzählung solcher Frontbildungen, die gleichsam Subsysteme im Rahmen der anti(sozial)imperialistischen Einheitsfront sind:

- die Konferenz blockfreier Länder;
- die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), die gegen "Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, gegen das System der Rassendiskriminierung und gegen die Machtpolitik der Supermächte kämpft" (32);
- die "Zehn Erdölexportierenden Länder", die sich durch einheitliche Aktionen gegen die "Ausplünderung" von Seiten der beiden Supermächte zur Wehr gesetzt haben;
- die EWG, in der China eine "Gemeinschaft zum Kampf gegen die Supermächte" sieht (33)
- die "Drei Völker Indochinas" (Vietnam, Laos, Kambodscha), deren Befreiungsfronten sich im April 1970 zu einer revolutionären Kampfeinheit zusammengeschlossen haben (34);
- die lateinamerikanischen Staaten, soweit sie gemeinsam dem "Druck seitens des US-Imperialismus standhalten wollen (z.B. durch erhöhte Waffenkäufe in Europa, durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Cuba, durch Nationalisierung amerikanischer Firmen, durch Kritik an der US-Handelspolitik und durch andere Akte "explosiver Konfrontation") und, soweit sie insbesondere um Ausweitung ihrer Territorialgewässer auf 200 sm kämpfen (35);
- die 41 "Kaffee produzierenden" Länder, die um bessere Preisbedingungen kämpfen (36), und ähnliche Rohstoff-Fronten;
- die Einheit der arabischen Völker im Kampf gegen den von Washington gestützten Zionismus sowie gegen die Intervention der "anderen Supermacht" (37);
- die Gipfelkonferenzen der islamischen Völker (Kampf gegen den Sozialimperialismus);
- die Massenbewegungen der Völker von Mozambique, Angola, Guinea-Bissau, Simbabwe (Rhodesien) und Azania (Südafrika) (Stand: 1973).
- Aufgerufen ist aber auch das amerikanische Volk, das dem US-Imperialismus, "diesem schlimmen Feind der Völker..... von innen her..... immer wuchtigere Schläge versetzen" soll, vor allem durch seine Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg (Aufruf 1971!) und gegen die Rassendiskriminierung (38);
- sowie schließlich das Volk der Sowjetunion, das - wie Peking behauptet - gegen den Verrat der Oktoberrevolution durch die "revisionistische Führungselite" in Moskau zu kämpfen bereit ist.

Wie man aus dieser nur fragmentarischen Übersicht ersehen kann, hat China keinen einzigen Erdteil ausgelassen. Die "anti-imperialistische Einheitsfront" ist wirklich global - zumindest im planerischen Kalkül Pekings. Von "Revolution in einem Land" (i.S.Stalins) kann gewiß nicht die Rede sein.

Zu den ersten drei Komplexen hier noch einige Anmerkungen:

Zu 1: China und die "Blockfreien"

Die "blockfreien" Staaten der Welt, deren Bewegung noch vor wenigen Jahren eher zeremoniellen Anstrich als wirkliche politische Bedeutung zu haben schien, sind inzwischen zu einem Machtfaktor im internationalen System geworden. Zwei Umstände haben diese Entwicklung entscheidend beeinflußt, nämlich der Erfolg der erdölproduzierenden Länder (OPEC) im Zeichen der weltweiten Energiekrise, zum anderen das zunehmende Engagement der neuen Weltmacht China für die Anliegen der Blockfreien. Dieses Engagement war nicht immer vorhanden, sondern hat sich erst mit dem Ende der Kulturrevolution, also im Verlauf einer sich neu entwickelnden chinesischen Außenpolitik, eingestellt.

Die nicht paktgebundenen Staaten haben bisher vier Konferenzen abgehalten, nämlich 1961 in Belgrad (Teilnehmer: 25 Staaten) 1964 in Cairo (47 Staaten), 1970 in Luzaka/Zambia (54 Staaten) und 1973 in Algier (75 Länder).

Nach allgemeiner Auffassung, der auch China in zahlreichen Erklärungen beigepflichtet hat, muß ein blockfreies Land folgende Kriterien aufweisen:

- unabhängige Politik im Zeichen der Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz;
- Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen;
- Nichtzugehörigkeit zu irgendeinem militärischen Bündnis, wobei Warschauer Pakt, NATO und SEATO gleich negativ eingestuft werden;
- keine bilaterale Bindung an eine Großmacht;
- Nichtgewährung von Stützpunkten an eine ausländische Macht.

Ganz in diesem Sinne kritisierte die Konferenz unter dem Beifall Chinas 1970 in Luzaka u.a. drei Staaten (USA, England, Frankreich) wegen ihrer direkten oder indirekten Unterstützung kolonialer oder rassistischer Regime, nahm Resolutionen zur Abrüstungsfrage sowie über die friedliche Nutzung des Meeresbodens an und forderte den bedingungslosen Abzug aller fremden Truppen aus Indochina.

1974 stellte sie ein Aktionsprogramm für die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf und gab eine wirtschaftliche Erklärung ab, in der der Kampf gegen den Imperialismus, die Souveränität über die Naturschätze (Verstaatlichungsmaßnahmen!) und der Kampf gegen multinationale Konzerne in den gemeinsamen Zielkatalog aufgenommen wurden. Im Zusammenhang mit der UNO-Rohstoffkonferenz stellte sich die VR China entschieden hinter dieses Programm (39) und verbreitete durch seine eigenen Massenkommunikationsmittel sowohl die von den Blockfreien befürwortete "Deklaration über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung" als auch das "Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung" (40).

Alles in allem verfolgen diese "Deklarationen" und "Programme" eine Strategie, die den Chinesen in vielen Stücken (Autarkie, Kampf gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und

Rassismus; Verurteilung der Militärblocke etc.) genau ins Programm paßt.

Trotzdem war sich China längere Zeit nicht schlüssig, welche Haltung es den Blockfreien gegenüber einnehmen sollte. So waren beispielsweise die beiden ersten Konferenzen bei den Chinesen auf gemischte Gefühle gestoßen. Das Mißtrauen Pekings wurde vor allem dadurch genährt, daß das seit Jahren als "erzrevisionistisch" bekämpfte Jugoslawien (41) in seinem Bestreben, sich Moskau gegenüber den Rücken zu stärken, immer wieder als treibende Kraft unter den Blockfreien aufzutreten war. Die zwiespältige Reaktion Pekings zeigte sich u.a. darin, daß es den Gedanken einer globalen Vereinigung der Blockfreien zwar grundsätzlich begrüßte, im übrigen aber die "Konspiration Neu-Delhi - Belgrad" innerhalb des Blocks anprangerte (42).

Auch die Initiative für die dritte Konferenz im Jahre 1970 war wiederum von Jugoslawien ausgegangen. Doch diesmal war Chinas Haltung von Grund auf verändert: Den Chinesen war nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Prag mit einem Mal deutlich geworden, daß Belgrad und Peking im selben Boot saßen und daß es Aufgabe beider war, ein tschechisches Schicksal a limine von sich abzuwenden. Nun hieß es ganz positiv: "Jugoslawien verfolgt die Politik der Blockfreiheit und spielt eine positive Rolle auf der Konferenz der blockfreien Staaten. Das jugoslawische Volk tritt gegen die Machtpolitik der Supermächte und deren Versuch einer Einteilung Europas und des Mittelmeerraumes in Einflußsphären auf" (43).

China nahm nun auch keinen Anstoß mehr daran, daß die Neutralen durchaus verschiedene Schattierungen aufwiesen, die vom militanten Neutralismus (z.B. Irak) über einen gemäßigten Neutralismus (Ceylon) bis zum konservativen Neutralismus (z.B. Malaysia) reichten. Indien allerdings, das im August 1971 einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion abschloß, gilt in chinesischen Augen nicht mehr als "blockfrei".

Noch mehr erwärmte sich China für die vierte Gipfelkonferenz der Blockfreien in Algier (1973), in deren Verlauf sich eine neue Dimension der Blockfreiheit herausentwickelte, die dem Kampf gegen die "Supermächte" besonders dienlich schien. Die Blockfreien hatten nämlich, in der Einsicht, daß rein negative Solidarisierungsfaktoren (wie Antikolonialismus oder Widerstand gegen eine bestimmte Großmacht) nicht als Bindemittel für eine Zweckgemeinschaft der Neutralen dienen können, ihre gemeinsame Position neu definiert. Da die Blockfreien inzwischen längst zu der Einsicht gekommen waren, daß sie nicht nur ihre politische Unabhängigkeit (gegenüber Einflüssen des klassischen Kolonialismus), sondern in viel stärkerem Maße die wirtschaftliche Eigenständigkeit (gegenüber Versuchen des "Neokolonialismus") zu verteidigen hatten, setzten sie sich das positive Ziel einer internationalen Strategie der Selbsthilfe im Geiste der Gegenseitigkeit und arbeiteten zu diesem Zweck ihre obenerwähnten Erklärungen und Aktionsprogramme für eine neue internationale Wirtschaftsordnung aus.

Zwei globale Auswirkungen dieser "Vereinten Front" haben sich seitdem in aller Welt deutlich abgezeichnet: nämlich die Erfolge der OPEC-Länder auf dem Gebiet der Ölpolitik und die Anberaumung der UNO Rohstoffkonferenz im April 1974. Beiden Erfolgen hat Peking uneingeschränkt Beifall gezollt. Aber auch von solchen "Spitzenereignissen" abgesehen, ist die Volksrepublik seit Beginn der Siebzigerjahre zunehmend geneigt, das Streben nach Neutralisierung und Blockfreiheit

zu ermutigen. Sie unterstützt z.B. den ceylonesischen Vorschlag einer "Entmilitarisierten Friedenszone im Indischen Ozean", befürwortet das Verlangen des Iran nach Abzug der Großmachtpräsenz aus dem Persischen Golf und stellt sich positiv zu dem malaysischen Plan einer Neutralisierung Südostasiens (44). Besonders nachdrücklich hat sich China auch für die Neutralisierung seiner beiden südostasiatischen Nachbarstaaten Laos und Kambodscha eingesetzt. Befürwortung einer Koalitionsregierung und Neutralisierung des Landes waren beispielsweise die beiden Grundpositionen, die China seit 1954 konsequent in seiner Laos-Politik verfochten hat.

Bezeichnend für die neue Sprachregelung, mit der sich China zum Fürsprecher der Neutralisierung in der gesamten Dritten Welt macht, war eine Formel, die der ehemalige Außenminister Chi P'eng-fei im Jahre 1972 gegenüber einer burundischen Regierungsdelegation benutzte. Er brachte seine "Hochachtung dafür zum Ausdruck, daß die burundische Regierung eine friedliche, neutrale und blockfreie Außenpolitik betreibt, gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus kämpft und die nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika unterstützt (45). Es wird hier also einer durchaus aktiven Neutralität das Wort geredet, die nicht nur - rein negativ - auf Nichteinmischung der Großmächte drängt, sondern den Kampf gegen jede Form von Kolonialismus und Imperialismus befürwortet.

Zu diesem Zweck unterstützt die Volksrepublik auch die Schaffung eigener Verteidigungssysteme in den einzelnen Ländern und die Zusammenarbeit zwischen den Blockfreien auf dem Gebiet der Verteidigung. Das Argument, daß die blockfreien Länder einer militärischen Aggression hilflos ausgesetzt seien, entstamme dem Versuch, die Politik der Blockfreiheit zu negieren und das Verteidigungssystem der blockfreien Länder zu verspotten. Hinter einem solchen Argument stehe lediglich der Vorschlag, alle Politik der Blockfreiheit aufzugeben (46).

Trotz solcher Erklärungen für die Politik der Blockfreiheit hat man aber bei einer längeren Beschäftigung mit der Außenpolitik der VR China stets das Gefühl, daß das chinesische Engagement speziell für die Blockfreien eher einer Pflichtübung entspricht. Aus Pekinger Sicht sind die blockfreien Länder ja keine für sich "abgeschottete" Gemeinschaft, sondern lediglich ein Teil der übergeordneten "Dritten Welt". Nur die "Dritte Welt" als Ganzes wird als Hauptkraft im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus angesehen. Ihre Macht erweise sich vor allem durch sechs Ereignisse:

- Siege gegen Aggressionen von außen (Indochina, Palästina)
- Erfolge der nationalen Befreiungsbewegungen (vor allem in Afrika, das nunmehr schon 42 selbständige Staaten umfaßt)
- Änderung des Kräfteverhältnisses in der UNO zugunsten der Dritten Welt
- Kampf gegen Ausplünderung und erste Anläufe zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung (Vereinigung der rohstoffproduzierenden Länder, Öl als Waffe, 200-sm-Zone etc.)
- Kampf gegen Kontrolle, Subversion und Einmischung von außen (Ägypten vertreibt sowjetisches Militärpersonal; seit 1971 seien in 20 Ländern der Dritten Welt über 700 sowjet-

revisionistische Spione entlarvt und 200 ausgewiesen worden etc.)

- Koordinierende Gipfelkonferenz (47).

Nirgends ist hier von blockfreien Ländern die Rede. China spricht dieses spezifische Bündnis eben nur dann an, wenn besondere Anlässe dafür gegeben sind. Eigentlicher Ansatzpunkt für die chinesische Rechte Strategie im globalen Ausmaß ist also - dies sei hier noch einmal betont - "die Dritte Welt", zu der ja seit Verkündung der Drei-Welten-Theorie nicht nur die Blockfreien gehören, sondern sogar ehemals sozialistische Staaten, wie Albanien, Nordkorea, Nordvietnam, die Mongolische Volksrepublik und die VR China!

Hier noch ein Wort zur "Gruppe der 77":

China schätzt die Aktivitäten dieser Gruppe ebenfalls hoch ein, obwohl sie einen leichten Schönheitsfehler dadurch erhalten hat, daß ihr auch Südkorea und Südvietnam beigetreten sind (48). Auch das so sehr an die Sowjetunion gebundene Indien paßt nicht mehr so richtig in den "77iger Rahmen". Der Einfluß der "Gruppe der 77", die inzwischen auf über 100 Länder angewachsen ist, ist für China aber deshalb so schätzenswert, weil die Vereinigung bei der Lima-Konferenz einen gemeinsamen Standpunkt für die dritte Sitzung der UNCTAD im Jahre 1972 erarbeitete, der dann später auch in der UNO-Rohstoffkonferenz seinen Niederschlag fand. U.a. fanden die Länder dort eine gemeinsame Kampfplattform in der Feststellung, daß sie uneingeschränkte Verfügungsgewalt über Rohmaterialien und Vorkommen auf ihrem Gebiet und in ihren Territorialgewässern besitzen und daß sie voll einbezogen werden müßten in die Konsultationen und Beschlüsse für die Reform eines Welthandels- und Währungssystems.

Der Zustand der "Blockfreiheit", so schätzenswert er im Augenblick für China auch ist, kann nur ein intermediäres Zwischenstadium sein.

- Selbst den nationalen Interessen Chinas ist mit einer Politik der Blockfreiheit nur zum Teil gedient. Zwar wird das Gelände für Militärbasen der Supermächte immer schmaler, je mehr Länder sich zur "Blockfreiheit" bekennen; gleichzeitig ist China aber auch realistisch genug, um zu wissen, daß vor allem dem "Sozialimperialismus" an besonders kritischen Stellen, so z.B. in Europa, nur mit starken Militärblocken begegnet werden kann (China befürwortete die NATO, die CENTO und die amerikanische Restpräsenz in Asien.) Die Vorstellung, daß sich einzelne westeuropäische Staaten für "blockfrei" erklären könnten, muß den Chinesen unter diesen Umständen einen Schauer über den Rücken jagen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde auch hat China stets gegen die KSZE-Pläne Propaganda gemacht.
- Erst recht muß die Blockfreiheit unter "weltrevolutionärem" Gesichtspunkt als "halbe Lösung" angesehen werden. Einer Macht wie China, die unter dem Zeichen der "Befreiung" von Kolonialismus und Imperialismus angetreten ist, muß es letzten Endes darum gehen, im Verhältnis zwischen den Nationen und den "Völkern" die Forderungen "brüderlicher Zusammenarbeit", mit anderen Worten also den "Proletarischen Internationalismus", Wirklichkeit werden zu lassen. Das Verhältnis zu den Blockfreien bestimmt sich demgegen-

über lediglich nach den "Fünf Grundsätzen der Friedlichen Koexistenz".

Zu β :

Zeigt sich in der chinesischen Außenpolitik auch eine Tendenz, das Argument der Hautfarbe bei der Bildung Vereinter Fronten vorzubringen und die weißen Völker gegen die farbigen auszuspielen? Dies ist ein heikler Punkt; läßt sich doch aus kommunistischer Sicht kaum etwa "Reaktionärereres" denken als die "imperialistische Theorie des Rassismus" (49). China hat in der Tat immer wieder betont, daß nur der Klassen- und nicht der Rassenstandpunkt als Kriterium für die Einteilung der Völker in unterdrückende und unterdrückte Nationen, in "Freunde", Zwischenschichten und "Feinde" gelten dürfe.

Gerade während der ideologischen Auseinandersetzungen mit Moskau in den Jahren 1963/65 haben die Chinesen Argumente dieser Art in geradezu beschwörendem Tone vorgebracht (50). Waren sie sich doch bewußt, daß die Sowjets hinter chinesischen Frontbildungen immer wieder Rassenansätze sehen wollten. Dies wurde besonders deutlich bei zwei Anlässen, nämlich bei der Mammottour Chou En-lais im Jahre 1964 durch Afrika und bei Anberaumung der zweiten Afro-asiatischen Konferenz (Bandung II) 1965 in Algier. Chou En-lai bediente sich bei seiner Safari niemals des Arguments der Hautfarbe, sondern appellierte stets an das "gemeinsame Schicksal", an den "gemeinsamen Lebensatem", an die gemeinsame Armut und erinnerte an die gemeinsamen Feinde (51). Bei der Konferenz von Algier versuchte Peking die Sowjetunion auszuschließen, da ja Dreiviertel der sowjetischen Bevölkerung auf europäischem Boden lebe. Die Sowjetunion hielt diesem Argument entgegen, daß andererseits immerhin zwei Drittel des Sowjetterritoriums auf asiatischem Gebiete lägen. Stecke hinter dem chinesischen Bevölkerungsargument nicht in Wirklichkeit ein "rassischer" Gesichtspunkt?

Den Chinesen ist zugute zu halten, daß sie in ihren Verlautbarungen nie mit rassistischen Argumenten hervorgetreten sind. Im übrigen sind die stolzen Chinesen auch kaum darauf aus, sich mit den verschiedenen Rassen als solchen zu identifizieren. Nur einmal haben sie sich wirklich mit "Rassismus"-Fragen auseinandergesetzt, nämlich gegenüber dem von den Russen gebrauchten Schlagwort der "Gelben Gefahr". Die Russen spielten hier, so hieß es in der chinesischen Argumentation, auf Dschingis Khan an. Aber sei es denn in Moskau wirklich unbekannt, daß nicht nur das alte Rußland, sondern vor allem China unter den mongolischen Eroberungen zu leiden gehabt habe? Im übrigen gehe die Theorie von der "Gelben Gefahr" auf Kaiser Wilhelm II. zurück, in dessen "Fußstapfen" die Sowjetunion getreten sei (52). Wenn die VR China vor allem die Staaten der Dritten Welt zur gemeinsamen Frontbildung aufruft, so ist dies nicht etwa Ausfluß einer rassistischen Strategie, sondern das Ergebnis einer globalen Klassenanalyse. China will die Völker der Welt also nicht nach Hautfarben, Rassen und Kontinenten einigen, sondern nach Gesichtspunkten des Kampfes gegen die "Supermächte". Immerhin werden ja die Völker der Dritten Welt als die eigentlichen Objekte der Unterjochung angesehen.

Zu γ :

Die Verwendung des Öls als Politwaffe durch die zehn erdölfördernden Länder der OPEC war aus der Sicht Pekings eine

Modellaktion, aus der auch andere Länder der Dritten Welt lernen sollen (53). Es ist für die chinesischen Ausführungen bezeichnend, daß sie sich mehr gegen den "Sozialimperialismus" als gegen den US-Imperialismus richten. Nach der Pekinger Sprachregelung ist der "Sowjetrevisionismus" heute der "größte Rohmaterialienplünderer in der Dritten Welt". Nach dem Prinzip "Maschinen für Rohmaterialien" und "Munition für Rohmaterialien" sowie unter dem Mantel der "Wirtschaftshilfe" suche er Maximalprofite aus den Ländern der Dritten Welt herauszuschlagen. Dabei bediene er sich dreier Recht-fertigungsinstrumente:

- der "Theorie der internationalen Arbeitsteilung" zufolge solle die Sowjetunion Maschinen und Ersatzteile liefern, während es den Entwicklungsländern obliegt, die Sowjetunion mit den benötigten Rohstoffen zu beliefern.
- Die sowjetische "Theorie der begrenzten Souveränität hinsichtlich der Ressourcen" gehe davon aus, daß die Souveränität über Bodenschätze aller Art von der Fähigkeit des betreffenden Landes abhängt, diese Rohmaterialien auch zu nutzen.
- Die "Theorie des internationalen Eigentums" schließlich gehe davon aus, daß das Öl in den Ländern der Dritten Welt formell zwar im Eigentum der betreffenden Staaten stehe, in Wirklichkeit aber internationales Eigentum sei, da es mit dem Leben der modernen Welt und ihrer Industrien untrennbar verbunden sei. (54)
- Zusammenschluß in einer Vereinten Front und gemeinsamer Kampf gegen Unterdrückung und Ausplünderung vor allem durch die beiden Supermächte seien die letztlich entscheidenden Maßnahmen zur Beseitigung der Ursachen für die Rückständigkeit und Armut der Entwicklungsländer. Die hegemonistischen Länder praktizierten unter dem Vorwand der "Hilfe" eine systematische Ausplünderungspolitik, indem sie die wichtigsten Zweige der nationalen Wirtschaft der Empfängerländer unter ihre Kontrolle brächten. Auf dem Gebiet des Außenhandels würden die Märkte monopolisiert und die Preise der von den Entwicklungsländern exportierten Mineral- und Agrarprodukte gedrückt. Diese immer weiter auseinanderklaffende Schere und die von den Imperialisten aufgestellten Zollbarrieren brächten den Ländern der Dritten Welt seit langem Handelsbilanzdefizite und ungeheure wirtschaftliche Verluste. Vorhalten müsse man den Ausbeutern auch ihre Wucherzinsen und die politischen Bedingungen, die sie an ihre Darlehen knüpften. Auch errichteten sie internationale Monopolorganisationen, wie "multinationale Gesellschaften", die jeweils einen Staat im Staate bildeten und überall intervenierten. Sehe man von Zufallsfaktoren wie Naturkatastrophen ab, so sei die Armut der Dritten Welt ganz klar das Resultat der Ausbeutungspolitik des Imperialismus und Sozialimperialismus (55).

Der organisierte Widerstand des OPEC-Kartells sei unter diesen Umständen für die Länder der Dritten Welt ein Silberstreif am Himmel.

cc) Chinas UNO-Mitgliedschaft und die Politik der Vereinten Fronten

Das idealste Parkett für die Verwirklichung der "Rechten Strategie" ist die UNO, der China seit dem 25. Oktober 1971 angehört. Schon im November 1950 war ein Vertreter Pekings bei den Debatten im Sicherheitsrat aufgetreten. Nachdem jedoch die Volksrepublik zusammen mit Nordkorea von der Weltorganisation als "Aggressor" abgestempelt worden war, begann Peking die UNO mit dem Hinweis zu kritisieren, daß sie sich in ein "Werkzeug des US-Imperialismus" verwandelt habe. Peking ging schließlich so weit, daß es zusammen mit dem Indoniesien Sukarnos, das 1965 aus der Weltgemeinschaft austrat, eine Art Gegenorganisation zur UNO - mit Sitz in Djakarta - aufbauen wollte.

Im Jahre 1971 als die Volksrepublik in die UNO aufgenommen wurde (in Peking sprach man von einer "Wiederherstellung" der Rechte Chinas) waren solche Pläne längst vergessen. Um so mehr war es den Chinesen nun darum zu tun, die bestehende Weltgemeinschaft in ihrem Sinne zu revolutionieren, wobei sie ihre Hoffnungen auf die Staaten der Dritten, ja sogar der Zweiten Welt setzten.

Die Mitgliedschaft der Volksrepublik macht sich heute vor allem durch zwei "Arbeitsstile" bemerkbar, nämlich erstens durch die sogenannte "Massenlinie" und zweitens durch das Prinzip der "Kritik und Verurteilung". Der Führungsstil der "Massenlinie" gebietet es - auf den internationalen Bereich übertragen - die Meinung jedes Staates, und sei er noch so unbedeutend, "zu sammeln, zu konzentrieren und sie wieder in die Massen (d.h. hier also die Gemeinschaft der Staaten) hineinzutragen" (58). Durch diesen Prozeß soll die objektive Interessenlage der kleinen Staaten artikuliert werden, selbst wenn diese manchmal abweichende, subjektive Bestrebungen erkennen lassen. Mechanische Mehrheitsverhältnisse, wie sie etwa bei einem Stimmenverhältnis von 51 : 50 zustande kommen können, würden bei Verwirklichung dieser objektivistischen Vorstellungen durch überwältigende Mehrheiten (90%-Formel!) ersetzt werden. Dieser "Massenlinien"-Gedanke macht es auch verständlich, daß China beispielsweise nukleare Abrüstungsverhandlungen nicht im kleineren Kreis der fünf Großmächte, sondern nur auf einer sogenannten Gipfelkonferenz aller Länder führen will (59).

Der zweite Arbeitsstil heißt "Kritik und Verurteilung". Die Chinesen sind es von ihrer innenpolitischen Praxis her gewohnt, die in jedem Problembereich liegenden Möglichkeiten ("Widersprüche") jeweils so weit zu polarisieren, daß "zwei Linien", nämlich eine richtige und eine falsche, holzschnittartig hervortreten. Neutrale, mittlere Positionen stehen hierbei nicht zur Diskussion (60). So erklärt es sich beispielsweise, daß Peking in der Abrüstungsfrage die restlose (und nicht etwa teilweise) Vernichtung der Kernwaffen vorschlägt, und daß es die Aufhebung aller nuklearen Basen im Ausland wünscht. Die Taktik der Polarisierung ist dabei in der Weise zu dosieren, daß die beiden "Supermächte", die bisher der Weltorganisation ihren Stempel aufgeprägt haben, jeweils in die Enge getrieben, also zum Gegenstand der "Kritik und Verurteilung", vor allem durch die Drittländer, werden.

An Themen, die sich zur "maximalen Isolierung" der Supermächte eignen, ist innerhalb der Weltorganisation wahrlich kein Mangel. Dies zeigte z.B. die chinesische Themenliste bei der UNO-Generaldebatte im Oktober 1974. Acht Themen wurden dort - im antisowjetischen Sinne - angeschnitten.

- Die "Mittelost-Frage" (sie bestehe ihrem Wesen nach im Kampf zwischen der israelisch-zionistischen Aggression und den beiden Supermächten, die im Mittleren Osten um die Hegemonie ringen, einerseits - und dem palästinensischen Volk sowie den anderen arabischen Völkern, die gegen Aggression und Hegemonismus kämpfen, andererseits).
- Die "Frage des südasiatischen Subkontinents und der kernwaffenfreien Zonen" (die Sowjetunion mißachte die Beschlüsse der Anliegerstaaten auf Schaffung einer "Friedenszone im Indischen Ozean". Sie habe zusammen mit Indien an der Zerstückelung Pakistans 1971 teilgenommen, um sich so einen "Korridor zum Indischen Ozean zu verschaffen" um dort in Konkurrenz zu den USA zu treten).
- Die "Cypern-Frage" (sie sei ein Teil des Ringens der Supermächte um die Herrschaft im Mittelmeer).
- Die Frage der Wahrung der staatlichen Souveränität und der nationalen wirtschaftlichen Rechte und Interessen (Applaus für die von der "Gruppe der 77" bei der UNO initiierte Deklaration über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung).
- Weitere Fragen: "Der Kampf Afrikas gegen den Kolonialismus", "Die Fragen von Kambodscha und Indochina", "Die Koreafrage" (61), "Der Kampf gegen die Umweltverschmutzung und die Rohstofffrage".

Besonders prägnant trat der sino-sowjetische Gegensatz in einer auf den ersten Blick so "technischen" Frage wie dem neuen Seerecht hervor. China bezeichnete die bei den ersten zwei Seerechtskonferenzen von 1958 und 1960 erzielten Ergebnisse über die Breite der Küstengewässer, über die "Freiheit des Fischfanges", über die Benutzung der Kontinentalshelpe und der "Freiheit der Meere" für überholt. Durch sämtliche Konventionen ziehese sich als roter Faden die "Freiheit" der Meere, die aber in jedem Einzelfalle stets den technisch überlegenen Staaten zugutekomme. Wenn beispielsweise eine hochtechnisierte sowjetische Fischfangflotte im Golf von Bengalen mit einem der dort üblichen mittelalterlichen Fischkutter zum "freien" Wettstreit antreten, so werde schnell deutlich, w e m die Freiheit zugutekomme. Auch die Freiheit der Passage komme eher einer Macht wie der Sowjetunion als einem Staat wie etwa Pakistan zugute. Wenn sich die Sowjetunion also für die Beibehaltung der etablierten Konventionen einsetze - wie sie es bei den UNO-Beratungen 1972 ja tat - so zeigte sie damit klar ihre hegemonistischen Bestrebungen und ihre Mißachtung für die Ansprüche schwacher Drittländer(62).

Antisowjetische Aktivitäten entfalten die Chinesen nicht nur in der Vollversammlung, sondern auch in den zahlreichen Unterausschüssen der UNO, z.B. im Entkolonialisierungskomitee (Peking verstand es nicht nur, die USA wegen ihrer Zusammenarbeit mit Südafrika und die Sowjetunion wegen des Einmarsches in Prag und wegen ihrer Politik in der Äußeren Mongolei anzuprangern, sondern setzte nebenbei auch durch, daß Tibet, Hong Kong und Macao künftig ohne Einschränkung als chinesisches Gebiet zu betrachten seien - deshalb auch nicht mehr von "chinesischen Flüchtlingen" gesprochen werden dürfe) und in der UNCTAD (vor allem bei der Tagung in Santiago de Chile) trat China hier als Vorkämpfer für eine neue internationale Wirtschaftsordnung auf.

Jedoch ist es vor allem die Vollversammlung, die ein ideales

Gelände für den chinesischen außenpolitischen Stil abgibt, einerseits mit plakativen Worten und leidenschaftlichem verbalem Engagement, andere Länder, vor allem Staaten der Dritten Welt, zu beeindrucken, gleichzeitig aber recht pragmatisch zu verfahren, wenn es gilt, konkrete Entscheidungen zu treffen. Bezeichnend hierfür ist beispielsweise der prinzipielle Widerstand gegen militärische Befriedungsmaßnahmen des UNO-Sicherheitsrates im allgemeinen, bei gleichzeitiger Stimmhaltung in der konkreten Frage, ob beispielsweise UNO-Truppen nach Cypern oder nach Mittelost entsandt werden sollten.

Ganz im Gegensatz zur Sowjetunion auch, die als "Veto-Großmacht" in die Geschichte der Weltorganisation eingegangen ist, hat China bisher nur zweimal von seinem Veto-Recht Gebrauch gemacht, nämlich gegen die Aufnahme Bangla Deshs in die UNO (August 1972) und gegen die Bezugnahme auf Palästinenser in einer Regelung gegen den Terrorismus (September 1972).

Obwohl die ständige sino-sowjetische Polemik (Bumerang-Effekt !) bereits 1975 gewisse Abnutzungserscheinungen zeigte - leere Bänke bei der Rede des chinesischen Abgeordneten bewiesen es - ist China doch sicher, die Interessen der Dritten Welt zu vertreten und deshalb in seiner Auseinandersetzung mit den Supermächten langfristig Sieger zu bleiben.

Aus den bisherigen Ausführungen sollte klargeworden sein, daß Peking, wenn es die mittleren und kleinen Staaten gegen die Supermächte mobilisiert, keineswegs den Klassenstandpunkt durch ein geopolitisches Konzept ersetzt. Auch die Zusammenarbeit mit der Zweiten Welt ist ja keineswegs definitiv, sondern vorübergehend. Geht es nach der Auffassung Pekings doch darum, die "Feinde" je nach dem Grade ihrer Gefährlichkeit der Reihe nach auszuschalten. Die Sowjetunion ist in diesem Prozeß als erste an der Reihe. Der Klassenkampf geht also, wenn auch in einer durchaus spezifischen Form, weiter und wird durch die Vereinte-Fronten-Strategie keineswegs ignoriert.

Obwohl die Drei-Welten-Formel recht abstrakt klingt, haben die Chinesen bisher durchaus Fingerspitzengefühl für aktuelle oder potentielle Spannungen gezeigt, die sich in ihrem Sinne auch heute schon "ausnutzen lassen".

3. DIE DIALEKTISCHE EINHEIT VON LINKER UND RECHTER STRATEGIE:

Die Einheit von Linker und Rechter Strategie konnte Mao Tse-tung schon während des Verteidigungskrieges gegen Japan einüben, als die chinesischen Kommunisten mit der Kuomintang eine "Antijapanische Nationale Einheitsfront" gebildet hatten. Wie sollte man sich gegenüber "der" KMT verhalten? Dazu Mao: "Die jetzige Politik der Antijapanischen Einheitsfront heißt weder 'Vereinigung gilt alles, Kampf nichts', noch 'Kampf gilt alles, Vereinigung nichts', sondern sie verbindet beide Seiten miteinander, die Vereinigung und den Kampf. Konkret gesprochen, besagt das:

- Erstens Vereinigung a l l e r gegen Japan kämpfenden Menschen . . . und Bildung einer Antijapanischen Nationalen Einheitsfront.
- Zweitens eine Politik der Unabhängigkeit und Selbständig-

keit im Rahmen der Einheitsfront, das heißt Notwendigkeit sowohl der Einheit als auch der Unabhängigkeit.

- Drittens auf dem Gebiet der Militärstrategie: Partisanenkrieg
- Viertens: Im Kampf gegen die antikommunistischen Ultra-konservativen müssen wir die Widersprüche ausnützen, die Mehrheit gewinnen, der Minderheit entgegenzutreten, die Feinde einzeln schlagen
- Fünftens: In den vom Feind besetzten sowie in den von der KMT beherrschten Gebieten verfolgen wir die Politik, einerseits die Einheitsfront so breit wie möglich zu entfalten, andererseits getarnt und effektiv zu arbeiten . . . , die Kräfte zu sammeln und auf einen günstigen Zeitpunkt zu warten.
-
- Zehntens: (Diese Taktik) gilt auch auf dem Gebiet der Außenpolitik (63).

Außenpolitische Relevanz zeigt besonders Punkt 5. Er beinhaltet die Forderung, einerseits mit der KMT offiziell zu kollaborieren, sie aber gleichzeitig "vom Rücken her" anzugreifen. Diese Methode wird auch als "revolutionäre Doppelpolitik" (ke-ming liang mien cheng-tzu) bezeichnet (64).

Diese Politik des "doppelten Bodens" wird von der VR China in geradezu klassischer Weise gegenüber Birma betrieben. Einerseits unterhält Peking geordnete Beziehungen zu Rangoon, möchte aber gleichzeitig den Kontakt zur "Weißen Flagge" und den verschiedenen antizentralistischen Volksstreitkräften nicht abreißen lassen, um stets ein Pfand für das Wohlverhalten Birmas in der Hand zu halten, gleichzeitig aber auch, um die Kontinuität der revolutionären Mission Chinas unter Beweis zu stellen. Zusammenarbeit mit Rangoon im "antihegemonistischen Sinne", also gegen die Sowjetunion, (Rechte Strategie) und Unterstützung der gegen Rangoon kämpfenden Aufständischen (Linke Strategie) sind also nur zwei verschiedene Seiten derselben Münze.

- 1) Kuang-Ming-Zeitung vom 20./21.5.1971
- 2) MTt, A.W. II, S. 371 - 375 ("Die Chinesische Revolution und die Kommunistische Partei Chinas" vom Dezember 1939)
- 3) ebd., S. 371
- 4) ebd., S. 371 - 375
- 5) MTt, A.W. II, S. 440 ("Über die neue Demokratie")
- 6) Schon damals galt die Abteilung für Vereinigte Fronten als eine Art Außenministerium, vgl. das Zitat bei Lyman P. van Slyke, "Enemies and Friends, The United Front in Chinese Communist History", Stanford, Cal., 1967, S. 117
- 7a) vgl. hierzu David J. Dallin, "Sowjetische Außenpolitik nach Stalins Tod", Köln/Berlin 1961, S. 391
- 7) Chou En-lai sprach u.a. auch von der Dreiteilung in "Fortschrittliche, Zwischenstehende und Rückständige", bzw. in "Linke, Mittlere und Rechte", "Report on the Work of the Government" in People's China vom 16. Juli 1957, Supplement S. 36
- 8) vgl. hierzu den Gedankengang MTt, A.W. II, S. 521 - 525 ("Über unsere Politik"), sowie PRu 1971, Nr. 35, S. 5 - 9 nachgewiesen von van Slyke, a.a.O., S. 257
- 9) vgl. hierzu beispielsweise MTt, A.W. II, S. 281, 283, 284, 413, 446 usw.
- 10) Vierter Kommentar des ZK der KPCh zum Offenen Brief des ZK der KPdSU ("Die Verfechter des Neuen Kolonialismus") in "Die Polemik über die Generallinie der Internationalen Kommunistischen Bewegung", Peking 1965, S. 225 f.
- 11a) JMJP 26.9.1973
- 12) Maos Gespräch mit der amerikanischen Journalistin Anna-Louis Strong vom August 1946 in MTt, A.W. IV, S. 97 - 102, (99 f). Das Wort "Zwischenzone" taucht hier zwar noch nicht auf, doch ist der Gehalt der Theorie bereits inhaltlich umschrieben.
- 13) Auf den Zusammenhang zwischen der Anerkennung und dem Artikel der JMJP vom 21.1.1964 weist hin: Heinrich Bechtoldt, "Die Allianz mit der Armut", Freiburg 1967, S. 245
- 14) Zu den deutsch-chinesischen Verhandlungen im Jahre 1964 vgl. Ernst Majonica, "Die Volksrepublik China und

die deutsche Frage", in Europa-Archiv 1971, S. 599 - 607

- 15) JMJP, 24.1.1964
- 16) vgl. hierzu MTt, A.W. IV, S. 99
- 17) so Außenminister Chi P'eng-fei, PRu 1972, Nr. 3, S. 21
- 18) PRu 1971, Nr. 27, S. 9, spricht von "ultrareaktionären Kräften"
- 19) z.B. PRu 1971, Nr. 29, S. 23
- 20) PRu 1971, Nr. 27, S. 9
- 21) MTt, A.W. IV, S. 170 ("Die gegenwärtige Lage und unsere Aufgabe")
- 22) Der Bericht ist zitiert bei van Slyke, a.a.O., S. 125 f.
- 23) ebd., S. 225 ff. und 238 f.
- 24) Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung, Peking 1967, S. 71
- 25) Dazu gehören die Landreform, die Kampagne "Widerstand gegen Amerika, Unterstützung von Korea", "Kampagne zur Unterdrückung der Konterrevolutionäre", "Drei-Anti- und Fünf-Anti-Kampagne".
- 26) Edgar Snow, "Roter Stern über China", 2. Auflage, Frankf. 1971, S. 167
- 27) ebd., S. 168
- 28) PRu 1974, Nr. 15, S. 8
- 29) ebd., S. 31
- 30) ebd., S. 13 ff.
- 31) Näheres wurde insbesondere im Zusammenhang mit der Rede von Wang Hung-wen (beim X. Parteitag im August 1973 und der Rede Chiang Chings vom März 1975 bekannt (vgl. hierzu Oskar Weggel, "Neue Außenpolitik der VR China?" in C.a. 1975/8, S. 427
- 32) PRu 1971, Nr. 26, S. 21 f. und PRu 1971, Nr. 27, S. 26 f.
- 33) Näheres dazu SWB 27.8.1972
- 34) vgl. hierzu die maßgebenden Dokumente in PRu, Sondernummer vom 12. Mai 1970
- 35) vgl. z.B. PRu 1970 Nr. 48, S. 7 ff. und 1971, Nr. 21, S. 5 Eine gute Übersicht bietet PRu 1971, Nr. 2, S. 15 - 17
- 36) NCNA, 6.9.1972 und C.a., Sept. 72, S. 9
- 37) JMJP, 14.4.1970; PRu 1970, Nr. 16, S. 27 f.
- 38) PRu 1971, Nr. 21, S. 4
- 39) PRu 1974, Nr. 19, S. 10 f.
- 40) dazu Näheres C.a. 1974, S. 380 ff. (Abdruck aller Texte)
- 41) vgl. dazu etwa den 3. Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU von 1963 mit dem Titel: "Ist Jugoslawien ein sozialistisches Land?" in PRu 1963, Nr. 39, S. 40 ff.
- 42) ebd., S. 14 f.
- 43) PRu 1971, Nr. 25, S. 4
- 44) Näheres hierzu mit Nachweisen: Oskar Weggel, "China und Malaysia", C.a. 1973, S. 271 - 298 (292)
- 45) PRu 1972, Nr. 3, S. 21
- 46) NCNA, 22./24.4.1974
- 47) zum ganzen Abschnitt vgl. PRu 1974, Nr. 44, S. 6
- 48) Ausführungen zur "Gruppe der 77" finden sich in einem Lehrwerk für den Außenhandelsnachwuchs, der von der Schreibgruppe der Außenhandelsabteilung des Steuerinstituts der Provinz Liaoning verfaßt wurde, und zwar unter dem Titel "Kuo-chi mao-i chih-shih" (Außenhandelslehre), erschienen in Hong Kong 1973, S. 53 f.
- 49) "Die Verfechter des Neuen Kolonialismus", IV. Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU vom 22.10.1963 abgedruckt in "Generallinie", a.a.O., S. 237
- 50) ebd., S. 237 - 241
- 51) Pre, 1.5.1964, S. 7
- 52) "Die Verfechter des Neuen Kolonialismus", a.a.O., S. 239 ff.
- 53) PRu 1973, Nr. 48, S. 10 f.
- 54) NCNA, 13.4.1974
- 55) Näheres hierzu PRu 1974, Nr. 15, S. 8 - 13 und ebd., S. 29 - 31
- 58) Näheres zum chinesischen Führungsstil vgl. Weggel, Alternative, a.a.O., S. 35 - 37, 79 - 96
- 59) Grundlegende Ausführungen über die Führungsmethode der Massenlinie in: MTt, A.W. III, S. 137 - 139 ("Einige Fragen der Führungsmethoden")
- 60) Zur Berechtigung der "Zwei-Linien-Methode" vgl. Weggel, Alternative, a.a.O., S. 17 - 28
- 61) PRu 1974, Nr. 41, S. 10 - 18, und Oskar Weggel, "China zum vierten Male bei der UNO-Vollversammlung", C.a. Nov. 1974, S. 693 - 695
- 62) PRu 1973, Nr. 13, S. 8 - 12; Nr. 15, S. 12 - 15, und NCNA, 1.4.73 und 4.4.1973; ferner PRu 1972, Nr. 22, S. 13 ff.; 1972, Nr. 29, S. 15 ff., und Nr. 44, S. 16 ff.
- 63) MTt., A.W. II, S. 522 ff. ("Über unsere Politik")
- 64) ebd., S. 523